

■ EU-Internationalisierungsstrategie für KMU

Der AUMA hat an einer Konsultation der Europäischen Kommission zur Erarbeitung einer Strategie zur Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen bei deren Internationalisierung teilgenommen. Im November veröffentlichte die Europäische Kommission eine Mitteilung zu den Ergebnissen der Konsultation. [Seite 2](#)

■ EuGH-Urteil zur Besteuerung von Standbauleistungen

Der EuGH hat in seinem Urteil vom 27. Oktober 2011 zur Frage Stellung genommen, wie eine Dienstleistung, die das Design, die Vermietung und den Aufbau von Messeständen umfasst, umsatzsteuerrechtlich zu beurteilen ist. [Seite 6](#)

► 20. Dezember 2011

Inhalt

Wirtschaftspolitik	2
Förderprogramme	4
Recht	6
Service	8
Impressum	9



■ EU-Kommission plant Änderung der zollrechtlichen Herkunftsbestimmungen: Gefahr für „made in Germany“?

Die EU-Kommission plant, die Bestimmungen für die Festlegung des Warenursprungs beim Im- und Export zu ändern und hier sogenannte Listenregeln einzuführen. [Seite 7](#)



Aktuelle Meldungen
im AUMA MesseNetzwerk
auf einen Klick:
► www.auma.de

■ Wirtschaftspolitik

EU-Internationalisierungsstrategie für KMU

Wie in unserem letzten Bericht aus Brüssel berichtet hat der AUMA an einer Konsultation der Europäischen Kommission zur Erarbeitung einer Strategie zur Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen bei deren Internationalisierung teilgenommen. In dem Konsultationspapier schlug die Europäische Kommission Schritte vor, wie sie KMU beim Markteintritt in Staaten außerhalb der EU fördern könnte. Im November veröffentlichte die Europäische Kommission nun eine Mitteilung dazu und stellte den Vorschlag für Förderinstrumente für die Förderperiode 2014-2020 vor.

In dem veröffentlichten Dokument der EU-Kommission an den Europäischen Rat, das EU-Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen gibt die Kommission die Grundzüge einer europäischen Internationalisierungsstrategie für KMU vor, die den Forderungen des AUMA in seiner Stellungnahme zum Thema im Wesentlichen nachkommt. So betont sie die auch seitens des AUMA hervorgehobenen Grundsätze der Komplementarität und Zusätzlichkeit für alle zu entwickelnden Instrumente. Es sollen also Doppelstrukturen zu bereits bestehenden Förderinstrumenten der Mitgliedstaaten vermieden werden. Außerdem sieht sie eine weitergehende Bestandsaufnahme und Analyse bestehender Förderinstrumente vor. Als konkrete Maßnahme plant die Kommission ein Internet-Portal zur umfassenden Information über Zielmärkte in verschiedenen Sprachen. Rasch wachsende Märkte in Schwellenländern wie China, Indien, Russland oder in Regionen wie Südostasien und Lateinamerika könnten zu den prioritären Märkten für eine Berichterstattung zählen.

In der Kommissionsmitteilung wird eine enge Zusammenarbeit nationaler Akteure mit EU-Akteuren als essentiell erachtet, um die Internationalisierung von KMU zu optimieren. In den EU-Delegationen in Drittstaaten sollen Kompetenzteams für die Marktöffnung angesiedelt werden, über die sowohl ein umfassender Austausch zwischen jeweils nationalen Förderanbietern erfolgen soll als auch neue, ggf. gemeinsame Förderprogramme entwickelt werden könnten. Der AUMA wird die Auslandshandelskammern, die als Akteur der Kompetenzteams in den Drittstaaten vorgesehen sind, bitten, dort über das Auslandsmesseprogramm des Bundes als nationales Programm im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung zu informieren. Auch hierdurch sollen Doppelstrukturen vermieden werden.

► [mehr](#)

► [EU-Pressemitteilung \(deutsch\)](#)

► [EU-Pressemitteilung \(englisch\)](#)



EU-Aktionsplan zur leichteren Finanzierung für KMU

Am 7. Dezember 2011 veröffentlichten die EU-Kommission und die Europäische Zentralbank einen Bericht über den Zugang für KMU zu Finanzierungsmöglichkeiten. Aus dem Bericht geht hervor, dass der Zugang zu Fremdkapital für KMU in der EU das zweitgrößte Problem darstellt, nach dem der Kundenakquisition. Die Analyse stellt ebenfalls fest, dass rund ein Drittel der europäischen KMU im Untersuchungszeitraum nicht die finanziellen Mittel erhielten, mit denen sie geplant hatten. Mit Maßnahmen wie etwa stärkeren Finanz-Beratungsteams im Enterprise Europe Network und der Ausweitung von Kreditgarantien auf die Kreativwirtschaft möchte die EU-Kommission die Lage verbessern. Die Umfrage bezog mehr als 15.000 KMU in insgesamt 38 Ländern ein.

► [mehr](#)

► [EU-Pressemitteilung](#)

Protektionistische Maßnahmen innerhalb der G20-Staaten nehmen zu

Im Oktober 2011 veröffentlichte die Europäische Kommission ihren achten Bericht über potenziell handelsbeschränkende Maßnahmen. Darin stellt sie eine Zunahme an protektionistischen Maßnahmen innerhalb der G20-Staaten fest.

Nach dem Bericht hat die Gruppe der zwanzig Industrie- und Schwellenländer allein im letzten Jahr 131 neue Maßnahmen eingeführt; nur 76 wurden aufgehoben oder liefen aus. Als Beispiele neuer Handelsbarrieren nennt der Bericht neben höheren Ein- und Ausfuhrabgaben auch bürokratische Maßnahmen wie Konformitätsprüfungen oder Zertifizierungsanforderungen, die bei importierten Gütern strenger angewendet werden. Darunter fallen auch nationale Normen, die von internationalen Richtlinien abweichen und Konformitätsprüfungen vorschreiben.

Umso wichtiger sei es, die WTO-Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde im kommenden Jahr fortzusetzen. Auf die Fortsetzung der Verhandlungen 2012 einigten sich die Staats- und Regierungschefs der G20 Anfang November 2011. Durch die Liberalisierung in den Bereichen Industrieerzeugnisse, Dienstleistungen und Landwirtschaft sowie die Beseitigung bürokratischer Hürden würde das Ausfuhrvolumen weltweit um 359 Mrd. Dollar jährlich steigen; in der EU läge die Steigerung bei 30 Mrd. Dollar.

► [mehr](#)

► [EU-Analyse zur Doha-Runde](#)



Kroatien 28. Mitgliedsstaat voraussichtlich ab 2013

Am 9. Dezember 2011 wurde der EU-Beitrittsvertrag Kroatiens in Brüssel unterschrieben. Demnach kann Kroatien am 1. Juli 2013 der EU beitreten. Kroatiens im Dezember neu gewählte Regierung, die bis Weihnachten gebildet werden soll, wird danach ein EU-Beitrittsreferendum in Gang bringen. Obwohl das Referendum per altem Parlamentsbeschluss innerhalb von 30 Tagen nach Unterzeichnung des Vertrags stattfinden sollte, wird es nach Angaben des neuen Premiers Zoran Milanovic erst Anfang Februar durchgeführt werden können.



Am 12. Oktober 2011 hat die EU-Kommission in ihrem jährlichen Fortschrittsbericht zu den EU-Kandidatenländern vorgeschlagen, Serbien den Status als Beitrittskandidat zu gewähren. Verhandlungen werden allerdings nur dann aufgenommen, wenn Serbien die Vermittlungsgespräche mit dem Kosovo wieder aufnimmt. Den offiziellen Status eines EU-Beitrittskandidaten wird Serbien jedoch frühestens erst im März 2012 bekommen.

Den Status des EU-Beitrittskandidaten haben bereits die Türkei, Island, Mazedonien und Montenegro.



■ Förderprogramme

Al-Invest IV: Unterstützung lateinamerikanischer Unternehmen auf Messen in der EU

Im Rahmen des aktuell laufenden Regionalprogramms Al-Invest IV, über das KMU aus lateinamerikanischen Staaten u. a. bei Messeauftritten in der EU gefördert werden können, nahmen rund 110 Unternehmen aus Lateinamerika an der Anuga - Leitmesse für die globale Ernährungswirtschaft - im Oktober 2011 in Köln teil. Begleitend zum Messeauftritt wurde für die teilnehmenden Unternehmen ein Match-Making veranstaltet. Diese Begleitmaßnahme wurde durchgeführt vom Koordinierungs- und Dienstleistungskonsortium, dem die EMECA, European Major Exhibition Centres Association, angehört, in Zusammenarbeit mit dem Enterprise Europe Network.



Eine mexikanische Delegation mit 16 Unternehmen war über Al-Invest IV auf der POLAGRA-FOOD - Internationale Fachmesse für die Lebensmittelindustrie im September 2011 in Posen (Polen) vertreten und hielt dort B2B-Meetings ab. Für 2012 sind Gemeinschaftsbeteiligungen auf der CeBIT in Hannover und der ALIMENTARIA - Internationale Nahrungsmittelmesse in Barcelona geplant. ► [mehr](#)

East-Invest: Schulungen und Messebeteiligungen für KMU

Im Rahmen des Förderprogramms East-Invest wurden im Oktober und November 2011 mehr als 200 KMU aus Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldau, der Ukraine und Weißrussland fortgebildet. Unternehmen aus den Sektoren der Agrar- und Ernährungsindustrie, Transport und Logistik, Informations- und Kommunikationstechnologie, Tourismus, Nachhaltiges Bauen und Textil nahmen je nach Kenntnisstand entweder an Seminaren zu Basisinformationen über Handel mit der EU teil oder sie wurden zum Thema Internationalisierung geschult. An den Schulungen nahmen 41 % der KMU aus dem Bereich Agrar- und Ernährungsindustrie teil, 17 % aus dem Tourismussektor, 16 % aus der Informations- und Kommunikationstechnologie, 11 % aus Transport und Logistik, 9 % aus dem Bereich Nachhaltiges Bauen und 6 % aus dem Textilsektor.

Abhängig von den Möglichkeiten der teilnehmenden KMU, international tätig zu werden und den EU-Markt zu bearbeiten, werden die Unternehmen Messen in der EU im Rahmen von Delegationsreisen besuchen oder als Aussteller am Stand von East Invest vertreten sein. An diesen Messen sind auch B2B-Match-Makings geplant. Die Unternehmen werden nur die Reisekosten selbst tragen müssen. ► [mehr](#)

Förderung der Erneuerbaren Energien durch Gemeinschaftsstände in Indien

Für europäische Unternehmen besteht die Möglichkeit, sich im April 2012 in Indien unter Federführung des European Business and Technology Centre (EBTC) auf der Renewable Energy World, einer Konferenz mit begleitender Ausstellung rund um Solar-, Wind-, Geo- und Bioenergie, zu präsentieren. Die Veranstaltung findet vom 19.-21. April 2012 in New Delhi statt. Dort wird eine europäische Wirtschafts- und Forschungsdelegation die Möglichkeit haben, mit Spezialisten vor Ort sich auszutauschen. 2011 besuchten rund 7.200 die Renewable Energy World und die beiden parallel stattfindenden Messen POWER-GEN India & Central Asia und HydroVision India. ► [mehr](#)

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird sich im November 2012 mit einem Stand an der Intersolar India im Rahmen der Exportinitiative Erneuerbare Energien beteiligen. Deutsche Unternehmen können sich dieser Beteiligung zu günstigen Bedingungen anschließen. ► [mehr](#)



Debatte über Absatzförderungsprogramme für EU-Agrarzeugnisse fortgesetzt

Mit dem Grünbuch über die Informations- und Absatzförderungs politik für Agrarerzeugnisse und einer Konsultation dazu (s. Bericht aus Brüssel 3/2011) eröffnete die EU-Kommission im Frühjahr 2011 eine Debatte über die Informations- und Absatzförderungs politik für Agrarerzeugnisse. In dem Grünbuch werden Messeauftritte als eines der wichtigsten Instrumente der EU-Absatzförderung für Agrarerzeugnisse im Außenmarkt bezeichnet.

Nach Abschluss der Konsultation zum Grünbuch legte die EU-Kommission eine Zusammenfassung der Antworten vor. Darin wurde u. a. angeregt, in Drittmärkten verstärkt mit EU-Pavillons aufzutreten. Die eingegangenen Antworten werden eine Grundlage für konkrete Unterstützungsvorschläge der Kommission sein, die Mitte 2012 in einer Mitteilung vorgestellt werden sollen; Vorschläge für neue Rechtsvorschriften werden Ende 2012 erwartet.

► [mehr](#)

■ Recht

EuGH-Urteil zur Besteuerung von Standbauleistungen

Der EuGH hat in seinem Urteil vom 27. Oktober 2011 (Az. C 530/09, „Inter-Mark Group“) zur Frage Stellung genommen, wie eine Dienstleistung, die das Design, die Vermietung und den Aufbau von Messeständen umfasst, umsatzsteuerrechtlich zu beurteilen ist. Geprüft wurde vom EuGH insbesondere, ob es sich bei der von der polnischen Firma Inter-Mark Group angebotenen Dienstleistung um eine Werbeleistung oder eine Vermietung beweglicher körperlicher Gegenstände oder um eine Dienstleistung im Zusammenhang mit einem Grundstück handelt. Die Frage, ob es sich bei einer Standbauleistung um eine Dienstleistung im Zusammenhang mit einem Grundstück handelt, wurde vom EuGH ausdrücklich verneint. Die bloße Tatsache, dass ein Messestand punktuell und befristet auf einem Grundstück oder innerhalb einer Immobilie errichtet wird, ist hierfür laut EuGH nicht ausreichend. Die Ablehnung der Grundstücksbezogenheit einer Standbaudienstleistung ist für die Standbaubranche von hoher Bedeutung. Standbaudienstleistungen konnten bislang nur als Teil der Paketleistung des Veranstalters nach dem Empfängerortsprinzip umsatzversteuert werden. Nach diesem Urteil sind sie jetzt auch als Einzelleistung weit überwiegend als Werbeleistungen oder als Vermietung beweglicher körperlicher Gegenstände im Sinne des europäischen Mehrwertsteuerrechts anzusehen. Ausländische Aussteller aus EU-Staaten wären demnach als Empfänger der Standbauleistung in ihrem Heimatland zur Umsatzsteuer verpflichtet und nicht in dem EU-Land, in dem die Messe stattfindet. Die speziellen nationalen rechtlichen Auswirkungen können allerdings nur am Einzelfall beurteilt werden.

► [mehr](#)



Kein Widerrufsrecht bei Käufen auf Messen: Umsetzung der Verbraucherrechterichtlinie bis 13. Dezember 2013

Am 22. November 2011 wurde im Amtsblatt der Europäischen Union die Richtlinie über die Rechte der Verbraucher (2011/83/EU) veröffentlicht. Deutschland hat nun bis zum 13. Dezember 2013 Zeit, die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. Wahrscheinlich ist jedoch eine Umsetzung in nationales Recht weit vor der Frist, da diese noch vor der Bundestagswahl im Herbst 2013 angestrebt wird.

Mit der Verbraucherrechte-Richtlinie kommen viele Neuregelungen auf Verbraucher und Verkäufer insbesondere im E-Commerce zu. So regelt die Richtlinie, dass Verbrauchern bei Verträgen, die außerhalb von Geschäftsräumen abgeschlossen werden, ohne Angabe von Gründen und Kosten ein Widerrufsrecht zusteht und den Verkäufer umfangreiche Informationspflichten gegenüber dem Verbraucher treffen.

Dies gilt jedoch nicht für Kaufverträge, die auf Messen oder Verbraucherausstellungen geschlossen wurden. Das Europäische Parlament hatte zwar zunächst im Frühjahr 2011 den Begriff „Messestand“ aus der Definition des Begriffs „Geschäftsraum“ gestrichen. Der AUMA hatte sich daraufhin jedoch während des europäischen Gesetzgebungsprozesses erfolgreich dafür eingesetzt, dass Messestände als Geschäftsräume gelten und die Verbraucherrechterichtlinie bei Käufen auf Messen grundsätzlich keine Anwendung findet.

► [mehr](#)



EU-Kommission plant Änderung der zollrechtlichen Herkunftsbestimmungen: Gefahr für „made in Germany“?

Die EU-Kommission plant, die Bestimmungen, für die Festlegung des Warenursprungs für den Im- und Export zu ändern und hier sogenannte Listenregeln einzuführen. Sie finden Anwendung, wenn die EU mit Ländern Zollpräferenzen, also eine Reduzierung des allgemeinen Zollsatzes, vereinbart hat, um den Warenursprung nachzuweisen. Die Kommission plant aktuell auch für den nicht-präferentiellen Ursprung eines Produktes zollrechtliche Listenregeln einzuführen. Unternehmen und Verbände befürchten einen wesentlich höheren Bürokratieaufwand. Außerdem bestünde das Risiko, dass Exportländer ebenfalls Listenregeln einführen könnten, die von den

EU-Regeln mit hoher Wahrscheinlichkeit abweichen würden. Bisher liegt der nichtpräferenzielle Ursprung einer Ware in dem Land, in dem die „letzte wesentliche, wirtschaftlich gerechtfertigte Be- und Verarbeitung“ vorgenommen wurde. Durch eine Änderung der zollrechtlichen Vorschriften könnten Produkte, die Bestandteile aus dem Ausland enthalten, ihren heutigen Warenursprung Deutschland verlieren. Fraglich ist allerdings, ob Änderungen im EU-Zollrecht auf die wettbewerbsrechtliche Zulässigkeit der Kennzeichnung eines Produktes als „made in Germany“ politische Auswirkungen haben. Das AUMA-Büro Brüssel wird solchen etwaigen Bestrebungen entgegenwirken.

■ Service

Visa-Informationssystem nimmt Betrieb auf

Das Visa-Informationssystem (VIS) zum Austausch von Daten über Kurzzeit-Visa zwischen den EU-Mitgliedstaaten hat am 11. Oktober 2011 seinen Betrieb aufgenommen. Das VIS verbindet Botschaften und Konsulate in Nicht-EU-Staaten sowie alle Grenzstellen des Schengenraums mit einer zentralen Datenbank. Mit Hilfe von biometrischen Merkmalen, Fingerabdrücken und digitalen Portraitfotos, die eine Identifizierung des Visuminhabers erleichtern und Identitätstäuschungen verhindern helfen, sollen Visaanträge künftig schneller bearbeitet werden können. Zunächst ist der Einsatz von VIS auf die Auslandsvertretungen der EU-Staaten in nordafrikanischen Ländern beschränkt (Ägypten, Algerien, Libyen, Mauretanien, Marokko und Tunesien). Danach sollen der Nahe Osten und die Golf-Region hinzukommen.

Die Zahl der Aussteller und Besucher am Messeplatz Deutschland aus Nicht-EU-Staaten ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Im Vergleich von 2000 zu 2010 stieg beispielsweise die Zahl der auf internationalen Messen in Deutschland ausstellenden Unternehmen aus China von 2.837 auf 10.570, aus Indien von 1.592 auf 3.117 und aus der Türkei von 1.002 auf 2.456. Daher hat eine effiziente und termingerechte Erteilung von Geschäftsvisa für die Messewirtschaft eine immer größere Bedeutung gewonnen und ist gerade für den Erfolg von internationalen Messen ein wichtiger Faktor. ► [mehr](#)

Mit 4 % ist die Zahl der ausländischen Teilnehmer an überregionalen Messen in Deutschland im Messejahr 2011 überdurchschnittlich gewachsen. ► [mehr](#)

Wirtschaftswachstum in der EU schwächt sich ab

Nach der Herbstprognose der EU-Kommission zur Wirtschaftsentwicklung ist der Aufschwung zum Stillstand gekommen. Hauptursache sei, dass angesichts der Verschuldung von Staaten das Vertrauen bei Banken, Unternehmen und Verbrauchern in eine gute weitere Entwicklung geschwunden ist. Der drastische Vertrauensschwund beeinträchtigt Investitionen und Kon-

sum, das nachlassende Weltwirtschaftswachstum bremst die Exporte und die dringend nötige Finanzkonsolidierung belastet die Binnennachfrage. Der aktuellen Prognose zufolge wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der EU bis weit ins Jahr 2012 hinein stagnieren. Für 2012 wird ein Wachstum von rund 0,5 % erwartet. 2013 soll dann wieder ein langsames Wachstum von rund 1,5 % erzielt werden. ► [mehr](#)

Broschüre zur Umsetzung des EU-Korea Freihandelsabkommens

Unternehmen und weitere Interessenten können sich in der aktuellen Broschüre der EU-Kommission über für sie relevante Faktoren des EU-Korea Freihandelsabkommens informieren, das am 1. Juli 2011 in Kraft getreten ist. Sie deckt die Themen Zollabbau, Überwindung von technischen Handelsbarrieren, Gesundheits- und Pflanzenschutz, öffentliche Auftragsvergabe, Recht an geistigem Eigentum und Dienstleistungsexport ab. ► [mehr](#)

Neuer Informationsdienst zu EU-Themen

Die dpa, Deutsche Presse-Agentur GmbH, startete im Oktober den Aufbau eines neuen EU-Informationsdienstes. Der Dienst mit dem Namen „dpa Insight EU“ soll die bisherige Medienberichterstattung für Entscheider in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft vertiefen und somit EU-Politik verständlich aufbereiten. „dpa Insight EU“ wird von einem neuen, zusätzlichen Team in Brüssel produziert und soll ab Januar 2012 verfügbar sein. ► [mehr](#)

Schwarze Liste unsicherer Fluglinien aktualisiert

Im November hat die Europäische Kommission erneut eine Liste der Fluggesellschaften veröffentlicht, deren Betrieb in der EU aus Sicherheitsgründen verboten ist. Insgesamt dürfen 273 Luftfahrtunternehmen aus 21 Staaten nicht in der EU fliegen; damit sind seit April 2011 vier Luftfahrtunternehmen neu dazugekommen. In einer weiteren Liste sind die 11 Luftfahrtunternehmen aufgeführt, deren Betrieb in Europa nur eingeschränkt und unter strengen Auflagen zugelassen ist.

Die Listen werden regelmäßig in Abstimmung mit einem aus den Flugsicherheitsbehörden der Mitgliedstaaten bestehenden Expertenausschuss überprüft und aktualisiert im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. ► [mehr](#)

AUMA_Europa Bericht aus Brüssel Impressum

Nr. 4 · 20. Dezember 2011

Herausgeber

AUMA_Ausstellungs-
und Messe-Ausschuss
der Deutschen Wirtschaft e.V.
Littenstraße 9, 10179 Berlin
Telefon: 030 24000-0
Telefax: 030 24000-330
info@auma.de

Redaktion

RA Marco Spinger
Heike Schöttle
RAin Silvia Bauermeister
Karen Baack (Assistenz)

Bestellen und Abbestellen

newsletter@auma.de

Fotoverzeichnis

S. 1, FAMAB Verband für Direkte Wirtschaftskommunikation e. V.
S. 3, 4, 6, European Union, 2011
S. 7, Messe Düsseldorf GmbH/
Rene Tillmann, 2009
S. 10, Joujou / pixelio.de

Quellennachweis

S. 4, AI-Invest IV, www.ai-invest4.eu

► www.auma.de

Frohe Weihnachten und alles Gute für 2012!

Liebe Leserinnen und Leser,

wir bedanken uns für Ihr Interesse an unserem Newsletter und hoffen, dass Sie uns auch im nächsten Jahr als Leser treu bleiben. Wir wünschen Ihnen frohe Weihnachten und einen guten Rutsch in das neue Jahr 2012!

„AUMA Europa - Bericht aus Brüssel“
Ihr Redaktionsteam

